

Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Straßen dienen der Allgemeinheit und werden von allen Verkehrsteilnehmern genutzt. Grundhafte Sanierungen der Straßen sind darum durch Steuermittel zu finanzieren. Dies ist unsere Forderung gegenüber der Hessischen Landesregierung.

ZUR AKTUELLEN SITUATION

Aufgrund der im Jahr 2018 erfolgten Änderungen in § 11 KAG können die Kommunen selbst entscheiden, ob sie Straßenbeiträge erheben oder nicht. Dies trägt nicht zu einer Befriedung der Situation bei. Eine Entlastung der Grundstückseigentümer ist nicht gegeben. Im Gegenteil, die neuen Regelungen führen dazu, dass finanzstarke Kommunen die Straßenbeiträge abschaffen und es dadurch zu weiteren Ungerechtigkeiten kommt.

Das gilt auch für die Umsetzung der Ratenzahlungen, die seit 2018 von den betroffenen Grundstückseigentümern in Anspruch genommen werden können. Jeder Grundstückseigentümer kann, unabhängig von der persönlichen finanziellen Situation, bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen eine Zahlung in bis zu 20 Jahresraten beantragen. Die Kommune muss die Anzahl und Höhe der Raten per Bescheid festlegen, was in einigen Fällen zu Spannungen geführt hat. Denn die Kommunen beanspruchen für sich einen Ermessensspielraum und legen die Anzahl der Raten willkürlich fest. Diese Vorgehensweise wird zurzeit mit Unterstützung des VWE Hessen in einem Rechtsstreit vor dem Verwaltungsgericht Kassel geprüft.



Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger, ein Staatsziel gemäß Art. 26 d der Hessischen Verfassung, das bei den Straßenausbaubeiträgen nicht gegeben ist!

Die Kommunen und Bürgermeister beklagen allgemein, dass immer mehr Aufgaben auf sie übertragen werden, ohne dass ihnen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Hinzu kommt, dass viele Kommunen aus diesen Gründen bereits die Grundsteuer wesentlich erhöht haben, die Straßenausbaubeiträge aber nicht abgeschafft wurden. Hier fehlt es an der finanziellen Grundausstattung, für die das Land zuständig ist. Von den 422 Kommunen in Hessen erheben noch über 280 Straßenausbaubeiträge. Ein Flickenteppich, der ohne die landesweite Abschaffung der Straßenausbaubeiträge nicht zu vermeiden ist.

BELASTUNG FÜR KOMMUNEN UND BÜRGER

Die finanzielle Situation der Kommunen wird sich durch die Corona-Krise deutlich verschärfen. Einnahmerückgänge von bis zu 50 Prozent werden prognostiziert. Finanzschwache Kommunen, die ohnehin bereits alle Einsparpotentiale nutzen, überstehen diese gefährliche Entwicklung ohne Hilfe nicht.

Viele Bürger sind durch die Corona-Krise bereits belastet. Weitere Belastungen durch Straßenausbaubeiträge oder Grundsteuererhöhungen sind nicht mehr akzeptabel. Selbst in der Corona-Krise werden in einigen Kommunen Straßenbeitragsbescheide in fünfstelliger Höhe an die Grundstückseigentümer verschickt. Gemeinsam mit der AG Straßenausbaufreies Hessen wurde ein Appell an die Hessische Landesregierung und den Landtag gerichtet:

Keine Straßenbeitragsbescheide in der Corona-Krise!

Zurzeit fließen Milliarden an Hilfsgeldern des Bundes und des Landes in die Wirtschaft. Wo bleiben die Bürger?

Der Verband Wohneigentum Hessen und die AG Straßenausbaufreies Hessen fordern die Landesregierung auf:

- die Straßenbeiträge jetzt landesweit abzuschaffen,
- den Kommunen ab sofort einen Fond von jährlich 60 Millionen Euro für die Erneuerung der Gemeindestraßen zur Verfügung zu stellen. Die Mittel können aus originären Landesmitteln oder zugewiesenen Bundesmitteln kommen,
- angesichts der besonderen Umstände alle hessischen Kommunen, welche noch Straßenbeiträge erheben, unverzüglich per Erlass anzuweisen, den Versand von Beitragsbescheiden auszusetzen sowie auf Zahlungen und Zins zu verzichten,
- einen weiteren Fond einzurichten, der den Kommunen eine stufenweise Rückzahlung bereits gezahlter Beiträge ermöglicht.



Aktuelle Informationen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:
www.vwe-strabs.de
www.strassenbeitragsfrei.de



Service für Sie

NEWSLETTER FÜR WOHNEIGENTÜMER

Unser Newsletter versorgt Sie mit Informationen zu allen wichtigen Themen rund um Haus und Garten. Auch Neuerungen und Änderungen unseres Leistungsangebots erfahren Sie so direkt und schnell. Am besten melden Sie sich sofort an: www.verband-wohneigentum.de/hessen

KOSTENFREIE SERVICE-HOTLINE

Kostenfreie Service-Hotline für die **Mitglieder des Verbands Wohneigentum Hessen**: Tel. 0800 2181100 bei Anrufen aus dem Festnetz.

INFORMATION PER APP

Damit sind Sie immer auf dem Laufenden! Über die kleine, kostenlose App erhalten Sie aktuelle Informationen über den Verband Wohneigentum Hessen sowie interessante Verbraucherinformationen unserer Kooperationspartner. Auf unserer Internetseite www.verband-wohneigentum.de/hessen sehen Sie die Links zum Download der App.

ONLINE-SHOP

Unter www.verband-wohneigentum.de/hessen haben wir einen Online-Shop. Dort können Formulare (kostenlos) und der Geschenkgutschein bestellt werden.

DIREKT ZU UNS

Dieser QR-Code führt Sie direkt auf die Website des Verbands Wohneigentum Hessen.



GARTENBERATUNG

Qualifizierte Beratung rund um den Garten, z. B. Baumkontrolle, Pflanzenschutz, Gartengestaltung, von Gartenberater Martin Breidbach. Tel. 06171 910257.

Grundsteuerreform

Der Verband Wohneigentum fordert, dass die Grundsteuerreform sozial tragbar ist und keine wachsende Mehrbelastung nach sich zieht. Vor allem für selbstnutzende Wohneigentümer, die mit ihrem Grund und Boden keine Erträge erwirtschaften, ist eine Besteuerung wichtig, die nicht in die Vermögenssubstanz eingreift. Das „Wertmodell“ des Bundes wird vom Verband Wohneigentum abgelehnt.

In Hessen soll das Flächenmodell mit einem zusätzlichen Faktor für die Lage des Grundstücks eingeführt werden. Es ist zu begrüßen, dass Hessen die Öffnungsklausel nutzen wird und die aufwändige Berechnung nach dem Bundesmodell entfällt. Für den Grundstückseigentümer wird die Berechnung dadurch transparent. Wichtig bleibt, dass Haus- und Wohnungseigentümer durch die Neuberechnung nicht benachteiligt werden dürfen. Als Verband werden wir die Entwicklung kritisch beobachten.

Aktion „Überprüfung der Gebäudeversicherung“

Die Aktion „Überprüfung der Gebäudeversicherung“ läuft inzwischen seit drei Jahren und wird von den Mitgliedern positiv bewertet. Hintergrund der Aktion ist der häufig fehlende Versicherungsschutz gegen Elementargefahren, aber auch gegen andere Gefahren. Über 3.000 Gebäudeversicherungen wurden seitdem überprüft. Die Ergebnisse bestätigen nach wie vor die Notwendigkeit dieser Aktion: Bei 80 Prozent der Gebäudeversicherungen stellten die Prüfer gravierende Lücken fest.

versicherung auf den aktuellen Stand zu bringen. Die Überprüfungen werden von Mitarbeitern der DEVK Versicherung (Partner des VWE Hessen) im Auftrag des Verbands durchgeführt. Die Aktion ist kostenlos und unverbindlich.

Wir empfehlen allen Mitgliedern, sich an der Aktion zu beteiligen, um ihre Gebäude-

SENDEN SIE DEN NACHSTEHENDEN COUPON AN DEN VWE HESSEN

Postalisch: Verband Wohneigentum Hessen e. V., Neuhausstr. 22, 61440 Oberursel – **Fax:** 06171 25737 – **E-Mail:** hessen@verband-wohneigentum.de

AKTION „ÜBERPRÜFUNG DER GEBÄUDEVERSICHERUNG“

Vorname: _____ Name: _____

Straße/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon: _____ E-Mail: _____

Art des Gebäudes: Einfamilienhaus Zweifamilienhaus Mehrfamilienhaus

Ich möchte an der Aktion „Überprüfung der Gebäudeversicherung“ teilnehmen.

Datum, Unterschrift: _____

Die Daten werden vertraulich behandelt und ausschließlich zum Zweck der Überprüfung der Gebäudeversicherung verwendet.

